

1. Einleitung

1.1 Skepsis versus Euphorie

Nachdem die Bundesregierung im Jahr 1996 eine parlamentarische Anfrage zur „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ nicht beantworten konnte, weil der damalige Kenntnisstand keine wissenschaftlich gesicherten Aussagen zuließ¹, hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1999² den ersten Freiwilligensurvey in Auftrag gegeben, auf den fünf Jahre später der zweite Freiwilligensurvey³ folgte. Das Ehrenamt bzw. das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist seit der Veröffentlichung des ersten Freiwilligensurveys sowohl Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Diskussionen wie auch der Medien. Auffällig ist, dass in den Diskussionen und Publikationen zum Freiwilligenengagement fast ausschließlich positive Aspekte thematisiert werden. So entsteht mit Hilfe des Freiwilligenengagements, wie im Jahr 2000 in einem von Heuser und von Randow in der ZEIT publizierten Artikel zu lesen, „[...] aus Gegenseitigkeit ein Füreinander, soziales Lernen voneinander. Moralischer Mehrwert“⁴. Als ein weiteres Beispiel kann die Dezemberausgabe 2005 des Magazins GEO angeführt werden. Sie trägt den moralisch aufgeladenen Titel „Die Abkehr vom Egoismus – Wie Gemeinsinn und Nächstenliebe neu entdeckt werden.“ Die mehr als 20 Seiten umfassende Titelstory „Der Aufstieg des Guten“⁵ ist eine prototypische Illustration des guten gemeinwohlorientierten Bürgers: Sein Engagement kennt nur Licht-, aber keine Schattenseiten. Das von ihm unentgeltlich geleistete Engagement ist ausschließlich hilfreich und uneigennützig, zudem ist es frei von jeglichen problematischen Implikationen. Das „Ehrenamt – segensreich und unbezahlbar“⁶, so eine Artikelüberschrift im Feuilleton der NRZ vom 26. März 2008, ist schließlich geeignet, die vorstehenden Ausführungen zur Bedeutung und Wirkung des Freiwilligenengagements abschließend zu unterstreichen.

Angesichts von soviel Gutem markiert die bereits 1995 von Rauschenbach formulierte Skepsis, dass das Freiwilligenengagement „[...] eine jener seltenen, genialen Entdeckungen in der Menschheitsgeschichte zu sein [scheint], von der anscheinend immer nur alle profitieren“⁷ einen Kontrapunkt. Selbst wenn sich

¹ Siehe hierzu Deutscher Bundestag, Drucksache 13/5674 vom 01.10.1996 sowie Projektverbund Ehrenamt und Infratest Burke, 1999, Seite 7

² Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2000

³ Siehe TNS Infratest Sozialforschung, 2005

⁴ Heuser und von Randow, 2001, Seite 18

⁵ Schröder und Schlösser, 2005, Seite 168 - 196

⁶ Nelissen, 2008

⁷ Rauschenbach, 1995, Seite 29

letzteres nachweisen lassen würde, könnte doch die Möglichkeit bestehen, dass manche Akteure in einem höheren Maße Profite realisieren als andere.

Skepsis hinsichtlich eines von allen negativen Implikationen und Effekten freien Freiwilligenengagements speist sich politikwissenschaftlich betrachtet aus den Bedingungen der Arena, innerhalb derer es sich zum weitaus größten Teil vollzieht: die Zivilgesellschaft⁸. Mit ihren freien Assoziationen und Organisationen bildet sie eine Sphäre, die von den Sektoren Staat und Ökonomie zwar zu unterscheiden ist, aber einen wesentlichen Anteil an der Gestaltung staatlicher sowie ökonomischer Strukturen hat. Die Zivilgesellschaft ist der „Ort“, von dem aus Individuen und korporative Akteure mit ihren jeweiligen divergierenden Eigeninteressen versuchen, maßgeblichen Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse zu nehmen. Die Zivilgesellschaft ist nach Gramsci die Arena, in welcher um die Herstellung politischer und kultureller Hegemonie gerungen wird⁹. Die Schärfe, welche Gramsci der Auseinandersetzung beimisst, wird darin deutlich, dass er in diesem Zusammenhang militärische Metaphern wie bspw. „Stellungskrieg“ oder „Schützengräben“¹⁰ verwendet. Weniger martialisch argumentiert Roth. Doch auch er sieht die Sphäre der Zivilgesellschaft nicht als das Arkadien einer Harmonie und Konsens suchenden Bürgerschaft, sondern stellt vielmehr die Diagnose, dass in ihr eine Mittelschichtsbias besteht und zumindest „[i]m ‚gehobenen‘ Bereich der Zivilgesellschaft [...] auf Exklusivität, soziale Distanz und Distinktion geachtet und durch Praktiken der sozialen Schließung gesichert [wird]“¹¹. Unter Bezugnahme auf Gramsci weist Inthorn darauf hin, dass die Zivilgesellschaft gesellschaftliche Machtstrukturen tradiert.¹² Sie ist vor diesem Hintergrund als ein restaurativer Faktor des Status quo anzusehen, und Nolte sieht sogar historisch-genetische und prinzipielle Dispositionen, welche die Zivilgesellschaft mit sozialer Ungleichheit verknüpfen – und das eben gerade nicht im Sinne einer Überwindung derselben.¹³ Die Zivilgesellschaft braucht, wie Münkler und Fischer formulieren, zwar Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, sich freiwillig zu engagieren, und diese müssen „zur Wahrnehmung von Rechten und Übernahme von Pflichten geeignet sein“¹⁴. Doch Selbst- und Eigeninteressenlosigkeit sind hier keine zwingenden Qualifikationen.

Die Euphorie in den in diesem Kapitel exemplarisch benannten Medienberichten über das Freiwilligenengagement findet in den hier angeführten Positionen

⁸ Freiwilliges Engagement findet auch innerhalb der Sektoren Staat und Ökonomie statt. Als Beispiele seien hier das Schöffenamts oder das Freiwilligenengagement in den Industrie- und Handelskammern genannt. Zur Zuordnung zivilgesellschaftlicher Organisationen siehe Priller, Eckhard und Annette Zimmer, 2001, Seite 212 ff.

⁹ Vgl. Gramsci, 1992, Seite 729 und 816 sowie 1996, Seite 1502

¹⁰ Siehe Gramsci, 1992, Seite 868 und Gramsci, 1996, Seite 1589

¹¹ Roth, 2004, Seite 48

¹² Siehe Inthorn, 2005, Seite 55

¹³ Siehe Nolte, 2005, Seite 85 f.

¹⁴ Münkler und Fischer, 2004, Seite 126

aus der Politikwissenschaft, welche die Sphäre, in der sich der Großteil des Freiwilligenengagements ereignet, in den Blick nimmt, keine Entsprechung. Die Diskrepanz, die zwischen der publizierten Wirkungswahrnehmung des Freiwilligenengagements in den Medien und der politikwissenschaftlichen Bewertung der Zivilgesellschaft liegt, ist als drastisch zu qualifizieren und provoziert die Fragen, wessen Positionen sich an der sozialen Realität messen lassen, welche eher dem Bereich der Ideologie oder einer Wunschvorstellung zuzuordnen sind und wie sich die Politik und Repräsentanten des Staates, die sowohl Gegenstand medialer Berichterstattung wie der Politikwissenschaft sind, zu dem Phänomen Freiwilligenengagement verhalten.

1.2. Empiriegestützter Enthusiasmus in der Politik

„[...] wir können alle etwas tun für unser Land. Millionen von Bürgerinnen und Bürgern leben danach. Sie setzen sich ein für den Nächsten und für die Allgemeinheit. In Vereinen und Kirchengemeinden, in den politischen Parteien, in Bürgerinitiativen und in der Nachbarschaftshilfe. [...] Dieses Engagement lässt uns zusammenhalten und macht unser Land reicher.“¹⁵ Mit diesen Worten würdigt am 25.12.2009 der höchste politische Repräsentant Deutschlands, Bundespräsident Köhler, in seiner Weihnachtsansprache das Freiwilligenengagement – und erteilt Miegels detailreich begründeter und pointiert verfasster Gesellschaftsdiagnose¹⁶ einer umfassenden gesellschaftlichen Entsolidarisierung zumindest in Bezug auf das Freiwilligenengagement eine deutliche Absage; denn dieses erfüllt aus der Perspektive des Bundespräsidenten offensichtlich Miegels an die Bürgerinnen und Bürger adressierte Forderung: „Bürgergesellschaft heißt [...], Bedürftige und gemeinwohlorientierte Institutionen am individuellen Wohlstand teilhaben zu lassen.“¹⁷

Der in den Medien anzutreffenden Euphorie über das Freiwilligenengagement entspricht im politischen Raum ein auffallender Enthusiasmus. Unbeschadet von der an den Anfang gestellten Skepsis gilt es, im Sinne eines *sképtesthai*, eines Betrachtens, die öffentlich geäußerten Positionen politischer Mandats- bzw. Funktionsträger nicht außer Acht zu lassen. Die Politik hat als Funktionssystem spezifische Leistungen zu erbringen, als deren wichtigste die anzusehen ist, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen¹⁸, die es den anderen Funktionssystemen der Gesellschaft ermöglichen, auf die sie betreffenden Herausforderungen optimal reagieren zu können. Deshalb ist es auch in Bezug auf das Freiwilligenengagement von erheblicher Bedeutung, was die „Politik“ bzw. deren relevantes Personal (Mandatsträger, Minister, hohe Beamte) zum Phänomen Freiwilligenengagement kommuniziert. Bedeutsam sind die kommuni-

¹⁵ Köhler, 2009

¹⁶ Siehe Miegel, 2003, Seite 217

¹⁷ Miegel, 2003, Seite 83

¹⁸ Vgl. hierzu Becker und Reinhardt-Becker, 2001, Seite 91 ff.

zierten Inhalte dabei zunächst nicht als verifizierbare objektive Fakten zum Freiwilligenengagement selbst, sondern als öffentliche Meinung politischer Entscheider, die für die öffentliche Diskussion nicht folgenlos bleiben kann, weil sie, sofern ihre Äußerung Adressaten findet und von ihnen für relevant erachtet wird, Reaktionen aus anderen Funktionssystemen wie z.B. der Zivilgesellschaft oder der Religion zur Folge hat. Im Folgenden finden sich deshalb über Printmedien öffentlich kommunizierte Positionen von politischen Entscheidern, die hinsichtlich der in ihnen enthaltenen Konsequenzen kurz diskutiert werden.

Für Bundesministerin von der Leyen ist das „freiwillige[...] Engagement [...] Ausdruck von vitaler Bürgergesellschaft und funktionierender Demokratie“¹⁹, was im Umkehrschluss bedeutet, dass, wenn Bürgerinnen und Bürger sich nicht oder in einem nur sehr geringen Umfang freiwillig engagieren, die Bürgergesellschaft morbid und die Demokratie invalid ist. Das Freiwilligenengagement avanciert in diesem Verständnis zu einem Gradmesser der inneren Verfassung eines demokratischen Gemeinwesens und ist zugleich dessen Lebenselixier – oder wie Bundesminister Schäuble es formuliert: „Das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist das Rückgrat der Demokratie.“²⁰ Gemeinsam erklären von der Leyen und Schäuble im Januar 2009 in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Oft können Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände mit ihren Ideen und ihrem Engagement passgenaue, effiziente und kreative Lösungen bieten; Lösungen für Aufgaben, die Politik und Verwaltung nicht allein oder jedenfalls nicht so gut bewältigen könnten.“²¹

Von der Leyen äußerte sich in ihrer Funktion als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend während Schäuble als Bundesminister des Innern seine Position zum Freiwilligenengagement formulierte. Dem Freiwilligenengagement wird somit von zwei sehr unterschiedlichen Ressorts der Bundesregierung eine überragende Bedeutung für die deutsche Gesellschaft zugeschrieben²².

Dettling, ehemals Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und zur Zeit freier Publizist, unterstreicht gleichfalls die Relevanz des Freiwilligenengagements, allerdings mit einer anderen Akzentuierung. Für ihn macht es „[...] die Gesellschaft menschlicher, weil sozial produktiver. Und es ist eine ganz wesentliche Bedingung der Möglichkeit, die sozialen Grundlagen und das soziale Kapital der Gesellschaft auch für die Zu-

¹⁹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009a, Seite 3

²⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009c, Seite 155

²¹ Von der Leyen und Schäuble, 2009, Seite 8

²² In der Publikation, der die Aussagen von von der Leyen und Schäuble entnommen sind, finden sich auch Beiträge von Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sowie von Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit.

kunft zu erhalten und zu mehren.²³ Die baden-württembergische Staatsrätin für demografischen Wandel und Senioren Hübner vertritt eine ähnliche Position. Ihr stellt sich das Freiwilligenengagement für die Gesellschaft als Mehrwert dar, „weil es anderen nutzt [...] [und ein] unverzichtbarer Bestandteil einer humanen Gesellschaftsordnung [ist]. [Und:] Es stiftet Lebenssinn und fördert zwischenmenschliche Kontakte.“²⁴ Sowohl der nun als Publizist tätige politische Ruheständler Dettling als auch die Politikerin und Wissenschaftlerin Hübner sprechen dem Freiwilligenengagement eine grundsätzliche Funktion zu. Das Freiwilligenengagement schafft ihrer Meinung nach für Gesellschaft und Individuen Humanität, Sinn und soziale Beziehungen.

Selbst auf der Ebene der Europäischen Union wird unter den eben genannten Aspekten die Relevanz des Freiwilligenengagements alles andere als gering eingeschätzt. So macht sich der Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss in einer Stellungnahme zu eigen: „Der ureigene Mehrwert freiwilliger Tätigkeiten besteht in der Schaffung sozialer und gesellschaftlicher Bindungen; jeder, der sich freiwillig engagiert, identifiziert sich stärker mit der Gesellschaft und entwickelt mehr Solidargefühl [...]“.²⁵

Der zentralen Sphäre des Freiwilligenengagements, der Zivilgesellschaft, wird seitens der Politik viel zugetraut, sei es „als Antriebskraft und Stimulus für Gesellschaftsgestaltung“²⁶ oder als „Produzent[...]‘ des ‚sozialen Kitts‘ bzw. ‚sozialen Zusammenhalts‘ zum Ausgleich der [in der Gesellschaft] schwächer werdenden oder verloren gehenden Bindungen [...]“.²⁷

Angesichts der ausgesprochen hohen Wertschätzung, die das Freiwilligenengagement im politischen Raum genießt, ist es nicht überraschend, dass der Bundestag ein hohes Interesse an regelmäßigen wissenschaftlich fundierten Informationen äußert²⁸. Für die Politik ist das Freiwilligenengagement kein „Selbstläufer“, insbesondere die demografische Entwicklung wird als Herausforderung benannt²⁹. Der nordrhein-westfälische Landesminister Laschet äußert für Deutschland jedoch die optimistische Überzeugung: „Es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass unsere Gesellschaft künftig noch mehr davon abhängt, dass Menschen Verantwortung für andere übernehmen.“³⁰

Die Haltung der Politik zum Phänomen des Freiwilligenengagements, die in der Kapitelüberschrift mit dem Begriff Enthusiasmus charakterisiert wurde, stützt sich auf die von ihr selbst in Auftrag gegebenen Freiwilligensurveys³¹, deren

²³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009b, Seite 71

²⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009b, Seite 103

²⁵ Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, 2006, Seite 7 f.

²⁶ Priller, 2008, Seite 302

²⁷ Priller, 2008, Seite 303

²⁸ Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009a, Seite 5 und Seite 16

²⁹ Siehe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009a, Seite 9

³⁰ Laschet, 2009, Seite 12

³¹ Siehe Fußnote 2 und 3

Datensätze u.a. von den Bundesländern Hessen³² und Niedersachsen³³ genutzt wurden, um landesbezogene Studien zu erstellen. Die enthusiastischen Äußerungen von Politikerinnen und Politikern haben deshalb durchaus – wenngleich längst nicht alle Facetten und Problemstellungen des Freiwilligenengagements untersucht sind – eine empirisch abgesicherte Basis. Es ist daher die Frage zu stellen, ob die in Kapitel 1.1 gescholtene Euphorie zu rehabilitieren ist. Denn immerhin sind 36 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung (ab dem 14. Lebensjahr) freiwillig engagiert³⁴. Das sind auf der Basis der deutschen Bevölkerung des Jahres 2004 rund 25 Mio. freiwillig Engagierte³⁵, welche außerhalb der Erwerbsarbeit insgesamt 3,5 Mrd. Arbeitsstunden leisten³⁶. Nicht zuletzt diese quantitativen Dimensionen des Freiwilligenengagements stützen bspw. die von Klies auf die Situation der Kommunen bezogene Aussage, dass das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger einen „erhebliche[n] Mehrwert produziert, der nach fiskalischen Grundsätzen so nie hätte geschaffen werden können“³⁷. Diese Position wird von Mai und Swiaczny geteilt. Auch sie stellen in ihrem für das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung erstellten Bericht fest, dass das Freiwilligenengagement „kommunale Angebote stützen, übernehmen oder ausweiten“ kann, weil es „Einrichtungen und Angebote [übernimmt], die sonst von den Kommunen aufgegeben worden wären“ und zugleich „aber auch ein neues Spektrum an Leistungen“³⁸ schafft. Vor diesem Hintergrund bewerten Mai und Swiaczny das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger als einen „weichen“ (ökonomischen) Standortfaktor und als ein Element zur Herstellung von kommunaler Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger.

Im „Monitor Engagement“, immerhin von dem für das Freiwilligenengagement federführenden Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht, klagen die Autoren in Bezug auf das Freiwilligenengagement jedoch über erhebliche Forschungsdefizite³⁹, die auch mit den bisher vorliegenden Freiwilligen surveys nicht behoben seien. Die Kritik, dass „[t]heoretische Verallgemeinerungen und Prognostik zur zukünftigen Entwicklung des [freiwilligen] Engagements [...] kaum vorhanden und unterentwickelt [sind]“⁴⁰, betrifft auch die Frage, ob das Freiwilligenengagement dissoziale Effekte enthält

³² Hessische Staatskanzlei, o.J.

³³ Gensicke, 2005b

³⁴ Siehe Gensicke und Geiss, 2005, Seite 20 f.

³⁵ Datenbasis Statistisches Bundesamt, 2006, Seite 23

³⁶ Siehe npo-info.de, 2008

³⁷ Klie, 2007, Seite 257

³⁸ Mai und Swiaczny, 2008, Seite 16

³⁹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009a, Seite 7 f.

⁴⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009a, Seite 8

oder ob es, wie von der Leyen meint, der Gesellschaft „ein warmes und menschliches Gesicht“⁴¹ verleiht.

Die in den Medien und in der Politik dominierenden positiven Darstellungen des Freiwilligenengagements sind vor dem Hintergrund der oben stehenden einleitenden Ausführungen auf ihren Realitätsgehalt bzw. auf ihre tatsächlichen nachweisbaren sozialen Effekte zu befragen. Denn es könnte durchaus sein, dass das Gute nicht vorbehaltlos gut ist, dass die Freude über die guten Nachrichten der Freiwilligensurveys in den Publikationen aus Wissenschaft, Politik und Medien in die Kategorie des „Eigenlobs“ fallen, oder schlimmer, dass bestehende Hegemonie- und soziale Ungleichheitsverhältnisse mit guten Nachrichten verschleiert werden. Der Euphorie, die sich in den eingangs aufgeführten Beiträgen aus den Magazinen ZEIT und GEO findet, ist also, ebenso wie den euphorisch anmutenden Aussagen der Politik, eine gewisse Skepsis entgegenzubringen – allerdings nicht im Sinne eines unreflektierten Zweifels, sondern vielmehr in der Haltung, die sich in der etymologischen Herkunft des Begriffes Skepsis verbirgt (siehe Seite 12) und den ersten Schritt jeder systematischen Arbeit darstellt, der jedem Ordnen, Erklären und Bewerten vorangestellt ist. Dieser Systematik wird hier gefolgt. Doch zuvor sollen die Bedeutung sowie die drängenden Aspekte der hier bearbeiteten Themenstellung skizziert werden.

1.3 Brisanz und Relevanz der Fragestellung

Der Titel dieser Arbeit mit seiner Frage nach der feinen Gesellschaft, zudem verknüpft mit den Begriffen Hegemonie und soziale Ungleichheit, bewirkt nahezu unweigerlich Assoziationen mit Bourdieus „feinen Unterschieden“⁴² oder Girtlers „feinen Leuten“⁴³. Dem von ihnen im Titel ihrer Studien verwendeten Attribut „fein“ steht dabei – soll dieses Attribut denn aussagefähig sein – immer etwas weniger Feines, also das Gewöhnliche oder sogar Minderwertige gegenüber. Bourdieu und Girtler beschreiben auf der Grundlage ihrer

⁴¹ Siehe Buchholz, 2006, Seite 25

⁴² Bourdieu, 1983a

⁴³ Girtler, 1989

An dieser Stelle ist jedoch auf Girtlers Werk „Randkulturen. Theorie der Unanständigkeit“ hinzuweisen, weil er in ihm seine Forschungsergebnisse zu den Kulturen der „degradierte[n] Randgruppen“ (Girtler 1995, Seite 23) publiziert hat, die eindrücklich aufzeigen, dass auch im gesellschaftlichen „Unten“ „feine Unterschiede“ bestehen. So beschreibt Girtler, wie z.B. unter den Insassen eines Gefängnisses nicht nur eine auf der „Noblesse“ des Delikts beruhende Hierarchie existiert, sondern dass diese auch über eigene Rituale, d.h. eine eigene Kultur gestützt wird. Entsprechend Bourdieus Konzept vom sozialen Raum kann festgestellt werden, dass auch in einem Gefängnis Menschen in einem sozialen Raum verortet werden und ihnen so eine jeweils spezifische Position zugewiesen wird.